

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

59. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. einschl. Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstag: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 19. Februar 1921

Einzelgenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf., die übrigen 25 Pf. Zelle; Kauf-, Verkauf- und alle sonstigen Reklamanzzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 21

### Rückblick auf die Tarifausschussführung

#### I. Vorwort und Einleitung

Aufmerksame Leser des Beschlufsprotokolls über die hinter uns liegenden ersten Verhandlungen des Tarifausschusses der Deutschen Buchdrucker in der neuen Kartellgemeinschafperiode werden davon Kenntnis genommen haben, daß der „Korr.“ bei der Prinzipalität als ein Organ beurteilt wird, das ihr sehr viel Ärger und Verdruß bereitet. Das bedauern wir; aber nicht deshalb, weil uns etwa das Gegenteil lieber wäre, sondern weil wir in dieser Beurteilung unserer Aufgaben und Tätigkeit einen erheblichen Mangel an Verständnis für eine objektive Würdigung der tatsächlichen Verhältnisse im sozialen und wirtschaftlichen Leben durch die Presse, ganz gleich welcher Richtung, erblicken. Wir bedauern das um so mehr, als es sich bei unsern diesbezüglichen Kritikkern nicht um Männer handelt, die der Presse von Haus aus fremd gegenüberstehen, sondern mit ihr Sozialen auf Gedeih und Verderb ver wachsen sind; die im Sehen und Drucken des gesprochenen oder geschriebenen Wortes sogar die Grundlagen ihrer eigenen wirtschaftlichen und sozialen Existenz erblicken müssen. Da wir es jedoch als selbstverständlich betrachten, auf dieses merkwürdige Suchen der Prinzipalität nach einem Sündenbock für ihr eigenartiges Verhalten vor und während der letzten Tarifausschussführung demnächst besonders eingehen zu müssen, wollen wir von vornherein nur zum Ausdruck bringen, daß wir nicht in der Lage sind, den künftigen sätzigen Rückblick auf die Tarifausschussführung jenen Wünschen der Prinzipalität anzupassen, die nicht mit den Interessen der Gehilfenschaft im Einklange stehen.

Wir sind uns wohl bewußt, daß es nur im Interesse der Gehilfenschaft liegt, wenn wir in objektiver Weise dazu beitragen, das Endergebnis der diesmaligen Tarifausschussführung in seiner praktischen Durchführung zu fördern. Aber gerade diese Pflicht zwingt uns dazu, nicht nur die Licht-, sondern auch die Schattenseiten der Beziehungen zwischen ihnen und drüben in offener und ehrlicher Weise zu erhellen. Damit ein jeder von uns weiß, wo und wie er steht und vor weiteren Entwürfungen in Zukunft möglichst bewahrt bleibt. Das ist unsere Aufgabe; ob sie uns oder andern behagt, ist nebensächlicher Natur. Personen spielen dabei keine Rolle; nur das Gehilfeninteresse und das Vertrauen der Kollegen schaft zu ihren organisatorischen wie tariflichen Führern kann und darf unser Leitstern sein.

Wie lagen nun die Dinge vor der diesmaligen Tarifausschussführung? Wir wollen dies kurz und erbaulich in folgender Weise skizzieren: Die großen Tarifberatungen im Oktober und November vorigen Jahres fanden am 18. November (24. Verhandlungstag) laut Beschlufsprotokoll (Nr. 134 des „Korr.“ vom 23. November 1920) damit ihren Abschluß, daß gehilfenseitig in letzter Stunde noch einmal angeregt wurde, eine Erhöhung der Teuerungszulage stattfinden zu lassen. Prinzipalseitig wurde darauf erwidert, man könne und werde in dieser Hinsicht nicht weitergehen. Die Antwort der Gehilfenvertretung auf diese Ablehnung lautete folgendermaßen:

„daß in dieser Erklärung eine Unterschätzung der tatsächlichen Verhältnisse liegt, und daß demgegenüber die Gehilfenvertretung nicht mehr viel zu sagen habe. Man könnte zur Zeit Mitte November, sei es bei den Verhandlungen noch nicht fertig, und wenn die Gehilfenschaft nicht in erster Linie die Bewilligung einer Teuerungszulage gefordert hätte, so würden die Gehilfen vor Ende November überhaupt nichts erhalten haben. Die Gehilfenschaft habe geglaubt, daß die Prinzipalität angesichts des bevorstehenden Winters und des Weihnachtseffektes noch einmal erwägen werde, der Gehilfenschaft in Erfüllung berechtigter Wünsche nachzukommen. Die Gehilfenschaft müsse sich mit der Erklärung der Prinzipalität vor Letztem, lehne aber alle Folgen ab, die sich aus der mangelhaften Rücksichtnahme auf die tatsächlichen Verhältnisse ergeben könnten.“

Dem wäre noch hinzuzufügen, daß schon am neunten Verhandlungstage (3. November), als die letzten Teuerungszulagen durch den Tarifausschuss zum Beschluß erhoben wurden, bei der Festlegung ihrer Gültigkeitsdauer bis 31. März d. J. von Gehilfen Seite im Plenum sofort der

Vorbehalt gemacht wurde, daß eine weitere Verschärfung der außerordentlichen Verhältnisse die Gehilfenschaft mit neuen Forderungen werde hervortreten lassen. Schon in Nr. 136 des „Korr.“ (27. November v. J.) haben wir dies ausdrücklich festgestellt und außerdem noch betont, daß die Sündigungsfrist von vier Wochen infres Etadens auch schon vor dem 1. März nutzbar gemacht werden kann. Dieser Vorbehalt wurde von Prinzipalseite weder mündlich noch schriftlich in der „Zeitschrift“ oder sonstwie widersprochen. Im Gegenteil, der erste Prinzipalredner in der letzten Tarifausschussführung hat diesen Vorbehalt von Gehilfen Seite ausdrücklich anerkannt, wie aus dem Beschlufsprotokoll über den ersten Verhandlungstag (Nr. 19) zu ersehen ist.

Nach Treu und Glauben war also für die Gehilfenschaft die Möglichkeit sehr wohl gegeben, bei einer weiteren Verschärfung der außerordentlichen Teuerungsverhältnisse nach dem 3. November und vor dem formell festgelegten Sündigungsstermin mit neuen Forderungen an den Tarifausschuss heranzutreten. Die auf Gehilfen Seite erforderliche Abstimmung über den neuen Tarif kam erst am 18. Dezember zum Abschluß. Bis dahin zeigte sich jedoch eine so außerordentliche Verschärfung der Teuerungsverhältnisse, daß die Unzulänglichkeit der neuen Teuerungszulagen mit jedem Tag in allen Kreisen der Gehilfenschaft spürbarer wurde und dazu führte, daß Verbandsvorstand wie Gehilfenvertreter von allen Seiten mit Anträgen auf sofortige Einberufung des Tarifausschusses beauftragt wurden. Dazu kamen noch, dank der starken gewerkschaftlichen Disziplin jedoch nur vereinzelt, eigenmächtige Selbsthilfeversuche einzelner Personale wie örtlicher Gehilfenkreise. Infolgedessen war es selbstverständlich, daß die Gehilfenkreisevertreter einmütig den Antrag auf Einberufung des Tarifausschusses schon im letzten Briefe des Dezember v. J. beim Tarifamt einreichten.

Und hier setzte nun der Deutsche Buchdruckerverein mit seiner Sabotage des Grundgedankens der Kartellgemeinschaf von Treu und Glauben ein. Seinem Einfluß ist es allein zuzuschreiben, daß das Tarifamt am 30. Dezember v. J. eine Berücksichtigung des Antrags sämtlicher Gehilfenvertreter auf sofortige Einberufung des Tarifausschusses unbeachtet ließ und sich zum Diktator aus „eigener Machtvollkommenheit“, wie solche Dinge in der Revolutionsperiode von rechts wie links heißen, aufschwang. Die Obstruktion der Prinzipalvertreter im Tarifamt unter der Direktive des Deutschen Buchdruckervereins genügte, um dieses Meisterstück kurzfristiger Diplomatie mit allen seinen bedenklichen Erschütterungen des gewerblichen Friedens fertigzubringen.

In dieser Hinsicht haben maßgebende Führer im Prinzipalrat mehr kurzfristigen Eigeninn als objektive Gerechtigkeit bewiesen. Denn wenn es wirklich Tatsache gewesen wäre, daß die in dem schon erwähnten Vorbehalt der Gehilfenvertreter bezüglich einer weiteren Verschärfung der außerordentlichen Teuerungsverhältnisse vorausgesetzte Bedingung nicht vorhanden war, dann hätte dies doch am besten durch offene und ehrliche Rede und Gegenrede gerade im Tarifausschusse festgestellt werden und zu einer rechtmäßigen Abweisung der Gehilfenforderungen führen können. Der von Prinzipalseite schon oft in die Debatte geworfene Einwand, daß die älteren Tarifausschussführer oder sonstigen Verhandlungen mit den Gehilfenvertretern sie von der Wahrnehmung ihrer geschäftlichen Interessen abhalte und diese schädige, kann doch ernstlich überhaupt nicht in Betracht kommen. Denn entweder sind die Arbeits- und Lohnverhältnisse die stärksten Grundlagen aller Produktion, weshalb ihre Regelung eine Kardinalfrage aller Geschäftsinteressen darstellt, oder sie sind es nicht. Dann wäre aber auch der von Prinzipalseite beliebte starke Widerstand gegen ihre zeitgemäße Regelung höchst sinnlos. Für den einfachen gesunden Menschenverstand liegen aber diese Dinge so, daß der Deutsche Buchdruckerverein mit seiner schroff ablehnenden Haltung gegenüber der beantragten Einberufung des Tarifausschusses einer objektiven und gerechten Abwägung des Für und Wider für die Gehilfenforderung absicht-

lich aus dem Wege geben wollte. Für die Gehilfenschaft gefellte sich dadurch zu der materiellen Not noch die Erkenntnis sozialer Einseitigkeit auf Prinzipalseite und verschärfte die Situation noch weit mehr. Wenn die Gehilfenvertreter waren doch ihren Mandatsgebern auf ihre Anträge Antwort und Rechenschaft schuldig. Die Mißachtung oder Unterschätzung dieser logischen Konsequenzen seitens des Deutschen Buchdruckervereins verurteilte naturgemäß eine immer bedenklichere Konfliktatmosphäre, die die verantwortlichen Führer der Gehilfenschaft das Schlimmste bestrahlen ließ. Wenn sie und wir tatsächlich die „Seher“ und „Schlichter“ wären, wie wir von Prinzipalseite eingeschätzt und bezeichnet werden, dann hätte diese Zuspitzung der Lage uns geradezu in die Hände gearbeitet. Und wir hätten der weiteren Entwicklung der Dinge ruhig ihren Lauf lassen können.

Aber gerade weil die Führer der Gehilfenschaft sich der Gefahren eines großen Kampfes im deutschen Buchgewerbe wohl bewußt sind, haben sie nicht die Hände in die Hosentaschen gesteckt, sondern mit allen rechtlichen und ethischen Mitteln auf eine Abwendung der drohenden Katastrophe hingearbeitet. Und schlecht beraten und irreführend ist die Prinzipalität, wenn sie glaubt, daß die Verschleppungspolitik des Deutschen Buchdruckervereins in dieser Hinsicht für nützlich gewesen wäre. Ungeheure Werte physikalischer wie materieller Natur sind dadurch der gewerblichen Produktion verloren gegangen. Der durch dieses Verhalten der Prinzipalität geschaffene Stillstand in allen Kreisen der Gehilfenschaft wirkte wie Raubriegel auf deren Arbeitsfreudigkeit. Und die fünf bis sechs Wochen, um die sich die von der Gehilfenschaft aus der Not der Zeit heraus geborene und erstrebte Auseinandersetzung und Klärung im Tarifausschusse verzögert hat, haben das Gefühl gewerblicher Zusammengehörigkeit und gegenseitiger Abhängigkeit mehr gelockert als jede parteipolitische Zerlegungsstendenz. Das war der Stand der Dinge, als endlich der Tarifausschuss am 7. Februar d. J. in der Gutenberghalle im Leipziger Buchgewerbehaus zusammenzutreten konnte.

Unter dem Eindruck dieser sehr unerfreulichen und kritischen Situation standen denn auch die beiden ersten Verhandlungstage. Und wir möchten alles vermeiden, was diesen Eindruck nach außen hin noch verschärfen könnte, weshalb wir bezüglich des Verlaufs der einzelnen Beratungen in der Hauptsache wie im einzelnen auf das ausführliche und objektiv abgefaßte Beschlufsprotokoll des Gehilfenführers (Nr. 19) verweisen wollen. Ausdrücklich sei jedoch noch darauf aufmerksam gemacht, daß es keine stenographisch aufgenommene Wiedergabe der Verhandlungen darstellt, sondern nur einen fortlaufend während der Sitzung aufgenommenen und gleichzeitig ausgearbeiteten Bericht des in solchen Aufgaben besonders geliebten Kollegen Schliebs. Wer in solchen Dingen einigermaßen Bescheid weiß, der wird wissen, daß bezüglich Objektivität wie subjektiver Auffassung selbst die gewissenhaftesten Menschen einer gewissen Relativität unterworfen sind. Daß daher die zuverlässigste Beurteilung gehört und geschriebener Worte nur möglich ist, wenn man diese natürliche Begrenzung menschlicher Vollkommenheiten nicht nur für andre, sondern auch für sich selbst in Rechnung stellt. Damit soll gesagt sein, daß bezüglich der im Beschlufsprotokoll festgehaltenen Ausführungen von ihnen wie drüben da und dort unbeachtliche Lücken enthalten sind, wodurch die Zusammenhänge oder Folgen in einzelnen Fällen manchmal etwas knapper und naturgemäß auch unvernünftiger oder vieldeutiger erscheinen, als dies bei genauer stenographischer Wiedergabe dieser oder jener Darlegungen in Erscheinung treten würde. Möge dies jeder Leser des Beschlufsprotokolls bei seiner Beurteilung des Verlaufs und des Ergebnisses der Verhandlungen in Betracht ziehen. Wir selbst halten es daher nur als zweckmäßig, die prinzipielle Beleuchtung wichtiger Verhandlungsepisoden noch durch die Schilderung einzelner persönlicher Eindrücke zu ergänzen.

Nach Lage der Sache und der sehr kritischen Spannung auf beiden Seiten des Kaufes war der Eröffnungsakt ziemlich kurz und bündig. Die üblichen geschäftsordnungsmäßigen Formalitäten und Feststellungen waren von leiblicher Trockenheit. Auf den sonst üblichen und auch diesmal wieder von Gehilfenleite erwarteten Formalitätsauber bezüglich juristischer Spezialitäten wurde diesmal verzichtet. Das hatte den Vorteil, daß schon wenige Minuten nach Eröffnung der Sitzung an die Beratung des wichtigsten Punktes der Tagesordnung: Antrag der Gehilfenvertreter auf weitere Erhöhung der Teuerungszulage, herangegangen werden konnte. Der Hauptreferent der Gehilfenvertreter entledigte sich seiner Aufgabe, den Antrag auf eine Erhöhung der wöchentlichen Teuerungszulage um 35 Mk. für alle Gehilfen ohne Alters- und Ortsunterschied zu begründen, in eindringlicher, klarer und erschöpfender Weise. Eine auf Prinzipalsseite zur Schau getragene charakteristische Gleichgültigkeit ließ jedoch von vornherein darauf schließen, daß auch die durchschlagendste Begründung des Gehilfenantrags nur ein hartes „Wir können nicht, weil wir nicht dürfen!“ auslösen würde.

Dieser Eindruck wurde durch den ersten Prinzipalsreferenten auch sofort bestätigt. Obwohl er selbst zugab, daß die Gehilfenvertreter im November v. J. sich ausdrücklich vorbehalten hätten, eine Änderung des Abkommens bis 31. März d. J. beim Eintritt einer wesentlichen Verschärfung der Teuerungsverhältnisse auch vor dem formell festgelegten Kündigungstermin zu beantragen, ging er mit einem kühnen Saltomortale über die unbestreitbare erhebliche Verteuerung der Lebensverhältnisse in den Monaten Oktober, November und Dezember v. J. wie auch über die Obstruktionspolitik des Deutschen Buchdruckervereins, die zur Verschleppung einer früheren Einberufung des Tarifausschusses führte, hinweg und klammerte sich, wie der Ertrinkende an einen Strohhalm, an die plötzlich eingetretene Preislenkung einzelner Artikel in den allerletzten Tagen. Was er sonst noch als Argumente gegen die Gehilfenforderungen und ihre Begründung vorzubringen wußte, waren altbekannte Ladenbüllet. Da wir diesen Redner seinen Kollegen gegenüber nur ungern in Verdacht bringen möchten, daß wir von ihm eine gerechtere Würdigung der wirklichen Ursachen des Gehilfenantrags erwartet hätten, wollen wir es lediglich bei dieser Feststellung belassen. Für die Gehilfenvertreter war es nach seinem Ausführungen klar, daß er unter dem Mikal einer ihm selbst unangenehmen tatsächlichen Verpflichtung des Deutschen Buchdruckervereins stand. Er konnte nicht anders, weil er nicht durfte. Die Mittagspause machte hinter dieses Delema einen sehr zeitgemäßen Punkt.

Für die Gehilfenvertreter war durch dieses prinzipalsseitige Korreferat die Situation schon nach den ersten Verhandlungsrunden völlig klar. Diese Erkenntnis wurde noch verstärkt durch die recht eigenartige Bezeugung der Prinzipalsseite mit mehreren neuen, jüngeren Vertretern, wobei die Provinz ziemlich stark in Erscheinung trat; während von den bekannten älteren Prinzipalsvertretern nur wenige zugegen waren. Der erste Redner von Gehilfenleite am Nachmittag des ersten Tages stellte denn auch die kritischen materiellen wie sozialen Gegensätze zwischen einst und jetzt mit aller Deutlichkeit in den Vordergrund, und zwar insbesondere bezüglich der Buchdruckerlöhne gegenüber der Bezahlung der übrigen Arbeiterkraft sowie der äußerst ungelunden Spannungen zwischen Großstadt und Provinz. Ihm versuchte dann ein jüngerer Vertreter der schärferen Tonart von Prinzipalsseite gegenüberzutreten, bewies aber im Laufe seiner Darlegungen, daß selbst der akademische Dokortitel mit seiner sogenannten höheren Bildung ihn nicht vor schweren Entgehnungen und sehr bedenkliehen Verallgemeinerungen gegenüber der Gehilfenchaft behüten konnte. Sein von Gehilfenleite mit gebührender Energie erzwungenes nachträgliches Bekenntnis, sich verhalten zu haben, läßt uns hoffen, daß der junge Herr Doktor sich bemühen wird, in Zukunft gerechter und zurückhaltender zu sein.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen meldeten sich zunächst nur noch Gehilfenvertreter zum Worte, die in großen Zügen die tatsächliche Not der Gehilfenchaft trotz der sporadischen Preislenkung in den letzten Tagen in den Vordergrund rückten und die prinzipiellen wie tatsächlichen Einwände von Prinzipalsseite in ihrer ganzen Fadscheinigkeit kennzeichneten. Die Wirkung dieser Debatten übte gegen Abend die Prinzipalsvertreter zu einer kurzen Sonderberatung, da deren Führer jedenfalls das Gefühl hatten, daß ihre Reihen unter dem Eindruck der gehilfenseitigen Darlegungen nicht mehr ganz dicht zu sein schienen. Nach etwa einstündiger Sonderbesprechung kamen die Prinzipale wieder zurück. Ihr Sprecher, der Vorsitzende des Deutschen Buchdruckervereins, gab eine Erklärung ab, die sich inhaltlich mit den Grundzügen des ersten Referenten der Prinzipalsseite zur Forderung einer neuen Teuerungszulage in rundweg ablehnendem Sinne deckte. Neu war in dieser Situation nur die Verlesung eines der letzten Jahrbücher bei Tarifverhandlungen der Buchdrucker immer zu „rechter Zeit“ eingelaufenen Urteilsbriefe des Deutschen Verlegervereins, in dem diesmal für den

Fall einer Bewilligung neuer Teuerungszulagen im Buchdruckgewerbe mit einem „Bestellerstreik“ der Herren Buchverleger gedroht wurde. Daß der Rektor dieses Briefes im Tarifausschusse selbst zur Verlegerpartei, wenn auch nur im „Nebenberufe“, gehörte, gab dieser Attraktion einen besonders pikanten Beigeschmack.

Kurz und bündig wurden die verschiedenen Unrichtigkeiten in dieser Prinzipalsklärung von Gehilfenleite zurückgewiesen. Hierauf wurde zur Abstimmung über den Gehilfenantrag geschritten. Da kein einziger Prinzipal für den Antrag die Hand erhob, irgendwelche andre Vorschläge von Prinzipalsseite auch nicht gemacht worden waren, so war damit die Situation für die Gehilfenvertreter klar. Eine Verständigung im Tarifausschusse schien völlig ausgeschlossen. In einer nach Schluß der Plenarsitzung sofort vorgenommenen Sonderberatung der Gehilfenvertreter wurde nach Abwägung alles Für und Wider die telegraphische Anrufung des Reichsarbeitsministeriums beschlossen und am gleichen Abend noch vollzogen.

Da am zweiten Verhandlungstage nach der Geschäftsordnung die zweite Lesung des ersten Punktes der Tagesordnung vorgenommen werden sollte, nahmen die Gehilfenvertreter nach Bekanntgabe der Anrufung des Reichsarbeitsministeriums nochmals die Gelegenheit wahr, ihren Antrag erneut und verstärkt zu begründen. In ersterer Weise wurden alle Möglichkeiten politischer wie wirtschaftlicher Natur, die sich aus einem negativen Resultat der Tarifausschubstiftung für das gesamte Buchdruckgewerbe wie auch für die ganze deutsche Volkswirtschaft ergeben würden, vor Augen geführt. Die fortgesetzten Bedrohungen des gewerblichen Friedens durch Unterorganisationen des Deutschen Buchdruckervereins (Schutzgemeinschaft, Fonds für besondere Zwecke, Millionenfonds im Kreise II usw.) fanden eingehende Beleuchtung. Ihnen gegenüber wurde auf die Nachmittel der organisierten Arbeiterchaft hingewiesen, jedoch immer noch mit der Einschränkung, daß kein anderer Weg unbeschriftet bleiben solle, der ohne einen für das ganze Gewerbe sicher nur katastrophal wirkenden Kampf zu einer friedlichen Verständigung führen könnte.

In dieser ersten Situation, wo alle gewerbliche und tarifliche Ordnung zusammenzubrechen drohte, sprang Kollege Schliebs trotz der scharfen Zurückweisungen, die er schon des öfteren wegen seiner unermittelten Sonderanschläge von Gehilfen- wie Prinzipalsseite über sich ergehen lassen mußte, abermals in die Bresche mit einem Vermittlungsvorschläge, wonach den verbleibenden Gehilfen ein ganzer und den ledigen Kollegen ein halber Wochenlohn gewährt werden sollte. In kieselplumponen Worten begründete er seinen Vorschlag, die er aus innerem Herzen heraus geschrieben auch im Bechlußprotokoll (Seite 4 und 5 in Nr. 19) niedergelegt hat. Man mag über diesen Vorschlag des Kollegen Schliebs denken, wie man will, gegenüber dem klaren Nein der Prinzipale und dem sich daraus mit Sicherheit ergebenden großen und schweren Kampf im Buchdruckgewerbe war er zweifellos das kleinere Übel. Es war demgemäß für die Gehilfenvertreter ein Gebot der Pflicht, sich damit zu befassen und dazu nochmals Stellung zu nehmen, ebe das allerletzte Wort gesprochen wurde. Nach kurzem Kreuzfeuer über die vorausgegangenen Feststellungen von Gehilfenleite zogen sich dann die Parteien zu gesonderten Beratungen zurück.

Nach Wiederaufnahme der Plenarverhandlung hüllten sich die Prinzipalsvertreter in Schweigen, während die Gehilfenvertretung erkläre ließ, daß sie an ihrem Antrag auf 35 Mk. wöchentlich für alle Gehilfen festhalte, daß sie aber im Falle der abermaligen Ablehnung dieses Antrags gewillt sei, den Vermittlungsvorschlag des Kollegen Schliebs als Basis für weitere Verhandlungen anzuerkennen. Diese Erklärung war den Prinzipalen sichtlich unangenehm, da ihnen dadurch die Verantwortung für alle weiteren Folgen ihrer strikt ablehnenden Haltung zufiel. Sie suchten sich infolgedessen mit allerhand Ausflüchten aus dieser Schlinge zu ziehen und verankerten sich zunächst hinter die schon von Gehilfenleite erfolgte Anrufung des Reichsarbeitsministeriums. Als jedoch von Gehilfenleite auch dieses Argument in seinen Einzelheiten zerplückt ward, suchten die Herren nach einer andern Deckung und machten plötzlich den „Korr.“ dessen Schreibweise sie von Anfang an sehr verstimmt habe, für ihre ablehnende Haltung verantwortlich. Da wir diesem Trick der Prinzipalsdiplomatie noch ein erbauliches Sonderkapitel zu widmen gedenken, soll hier die Tatsache dieser sonderbaren Verwechslung zwischen Unternehmern und Arbeiterorgan lediglich registriert werden. Die Gehilfenvertreter wiesen selbstverständlich diese strategischen Verrenkungen mit gebührender Deutlichkeit zurück, womit den Prinzipalen auch das Fell des „Korr.“ aus den Händen glitt.

Am Nachmittag des zweiten Verhandlungstages mußte abermals Farbe bekannt werden. Die zweite Abstimmung ergab wiederum Ablehnung des Gehilfenantrags. Als dann auch noch der Vermittlungsvorschlag des Kollegen Schliebs prinzipalsseitig rundweg abgelehnt wurde, verstärkte sich die Situation nur noch mehr. Und daß hierauf nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte vom Vor-

stehenden der zweite Punkt der Tagesordnung: „Aussprache über die Lokalaufschläge“, zur Beratung gestellt wurde, war eigentlich mehr Verlegenheitsache und nicht ernst zu nehmen. Der Prinzipalsreferent auf dieser Frage dürfte sich wohl eine glücklichere Position gewünscht haben, als die ihm bei diesem Stande der Dinge beschieden war. Daß die Gehilfenvertreter seinen rechtlichen Bemühungen, den neuen Tarif noch zu verschlechtern, um kein Interesse entgegenbringen konnten, hätte sich der Referent zwar auch lagen können. Die entsprechenden Erwidrerungen von Gehilfenleite waren dabei ebenso kurz wie negativ; weshalb die Prinzipalsität nach ganz kurzer Zeit auf eine Fortsetzung der Beratung verzichtete.

Etwas ruhiger gekalkete sich sodann die Inangriffnahme des dritten Punktes der Tagesordnung: „Feststellungen zu Bestimmungen des Tarifs“. Hier forderte die Gehilfenvertretung zunächst Klarstellung über die Befugnisse des Tarifausschusses nach § 86 des Tarifs bezüglich Ablehnung oder Anerkennung eines von einer Tarifpartei gestellten Antrags auf Einberufung des Tarifausschusses. Es handelte sich hierbei um die Feststellung, daß es dem Deutschen Buchdruckerverein mangels einer klaren Bestimmung im neuen Tarif über diese Befugnisse des Tarifausschusses möglich gewesen sei, die von sämtlichen Gehilfenvertretern schon im Dezember v. J. beantragte Einberufung des Tarifausschusses zu hintertreiben und wochenlang zu verzögern. Von Gehilfenleite wurde der Standpunkt vertreten, daß das Tarifausschuss als geschäftsführendes Organ verpflichtet sei, auf entsprechenden Antrag der Vertreter einer Partei den Tarifausschuss einzuberufen, und daß ihm das Recht einer gegenseitigen Beschlußfassung nicht zustehe. Die Prinzipale zogen sich auf diesen Antrag hin zu einer Sonderberatung zurück, die nur wenige Minuten dauerte und zu der Erklärung führte, daß die Prinzipalsität der gehilfenseitigen Auffassung beitrete. Es werde anerkannt, daß das Tarifausschuss in dieser Angelegenheit nur ausführendes Organ sei und es die Einberufung des Tarifausschusses ins Werk zu setzen habe, sobald die Vertreter der einen Partei den Zusammenritt verlangen“. Mit dieser Feststellung hat das Verhalten des Deutschen Buchdruckervereins bezüglich seiner diktatorischen Beeinflussung der Prinzipalsvertreter im Tarifausschuss zur Verschleppung der letzten Tarifausschubstiftung vollständige Zurückweisung erfahren. Ehrenache des Deutschen Buchdruckervereins hätte es nach dieser Anerkennung des Gehilfenstandpunktes nun aber auch sein sollen, daß er von diesem Moment an darauf verzichtet hätte, aus seiner bisherigen willkürlichen Anwendung mangelhafter tariflicher Bestimmungen noch weiteren Nutzen zu ziehen. Leider hat aber dessen Leistung diese einzig richtigen Konsequenzen doch nicht gezogen, sondern nach wie vor den durch ihre Schuld viel zu spät festgelegten Termin der letzten Tarifausschubstiftung mit seinen teilweise veränderten Verhältnissen für sich ausschlachten versucht. Hier wäre bei lokaler Auslegung von Treu und Glauben im Sinne des Tarifs die Möglichkeit gegeben gewesen, begangenes Unrecht wieder gutzumachen. Das Einschwenken auf die Anrufung des Reichsarbeitsministeriums kann moralisch nicht in diesem Sinne beurteilt werden. Denn auch vor dieser Instanz führte die Prinzipalsität ihr bedenklisches Spiel mit diktatorisch erzwungenen Zeitretellen gegenüber den berechtigten Forderungen der Gehilfenchaft weiter; worüber eine nähere Betrachtung der Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium mit dem Resultat des omländlichen Schiedspruchs in nächster Nummer: Aufschluß geben soll.

## □ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Aue l. Ergeb. Ihre Generalversammlung fand am 23. Januar statt. Die Kollegen aus Schneeberg fanden wie immer nicht den Weg hierher. Den gebräuchlichen Formalitäten bei Beginn folgten Ausführungen des Kollegen Staab über eine gemeinsame Konferenz der Prinzipale und Gehilfen in Zwickau. Dann fanden Jahres- und Kasfenberichts glatte Erledigung. Ohne Schwierigkeiten gingen die Wahlen vorüber. Der einige Zeit verwalte Posen des ersten Vorsitzenden wurde mit Kollegen Paul Völgel befehl. Einstimmig wählte man den verdienten, langjährigen Kassierer, Kollegen Staab, wieder. Für den Schriftführer nahm man eine Neuwahl vor. Unter andern wurde noch beschloffen, den Ortsbeitrag um 10 Pf. zu erhöhen, er beträgt dann 30 Pf., was nach Auslagen bei vielen nicht anwendenden Kollegen Mißfallen hervorgerufen werde. Abfällige Kritik wurde an dem Benehmen dreier Kollegen aus Schönheide geübt. Vor einem Jahre meldeten sich diese zum Verbanne. Nachdem sie sich bei einer neuen Teuerungszulage vergeblich bemüht, ihr tarifliches Recht bei ihrem Prinzipal zu erreichen und eine Zeitlang zum alten Lohn arbeiteten, regelte unsre Ortsleitung die Angelegenheit. Statt nun dafür dankbar zu sein und noch mehr zur Erkenntnis der Gewerkschaft zu kommen, kehrten jene noblen Kollegen dem Verbanne den Rücken. Als Argument führten sie ins Feld, der Beitrag sei zu hoch. Mit dem Wunsche, daß das kommende Jahr





## Die Finanznot innerhalb unserer Gewerkschaften

Schon lange ist es kein Geheimnis mehr unter den denkenden organisierten Arbeiterschaft der verschiedensten Gewerkschaften: Die alte Kampfstrategie gegen früher ist trotz der ganz bedeutenden Mitgliederzunahme auf allen Linien, nach kurzem, mächtigem Aufschwung in der Revolutionszeit, erlahmt und geht immer weiter zurück. Bei jeder noch so notwendigen Lohnbewegung in der letzten Zeit lagen es die Arbeiterführer den hungernden Massen unverbüßtem heraus: Wir müssen frachten, auf dem Verhandlungswege das möglichste herauszuschinden; einen Streik können und dürfen wir nicht riskieren, dazu reicht unser Klassenvermögen nicht aus. Soudio diese Millionen brauchen wir, um unsre Arbeitslosen, Kranken und Invaliden sicherzustellen, heißt es immer wieder; der Rest des Verbandvermögens ist in Wertpapieren angelegt, die wir im Streikfall mit riesigen Verlusten verkaufen müßten. Trotzdem also im Vergleiche zu früher alle Gewerkschaften weit mehr Mitglieder zählen und auch die Solidarität eine bedeutende Stärkung erfahren hat, kommen wir allmählich doch dahin, zwar ein riesenstarker Haufen gewerkschaftlich gütlichgestimmter Arbeiter zu werden, aber im Kampfe gegen das übermächtig erstarrte Kapital müssen wir, wie man fast täglich in den Tageszeitungen lesen kann, schließlich unterliegen, wenn ein Streik längere Zeit dauert. Schuld daran sind einzeln und allein unsere im Vergleiche zur Friedenszeit schlechten Finanzen. Gibt es wirklich keinen Ausweg, der uns finanziell wieder leistungsfähiger werden läßt und unsre Verbandskassen lo gestaltet, daß wir einmal wieder, wenn freilich auch erst in einigen Jahren, uns bessere Lebensbedingungen erkämpfen können? Haben wir wirklich nur das eine Mittelchen der inneren höheren Beitragsleistung und die Ertragsbeiträge für Arbeitslose, Invaliden usw., die jeden einzelnen Arbeitenden schwer belasten und die doch nur einem Tropfen Wasser auf einen heißen Stein gleichkommen? Schauen wir uns doch einmal um, wie es früher in den Verbandskassen aussah und vergleichen wir dazu, wie es heute aussehen könnte, an dem Privatkapital gemessen.

Vor dem Kriege verfügte unser Buchdruckerverband über ein Kapital von 12 Mill. Mk. Das waren Goldmark, heute verfügt er über eine etwas höhere Summe, jezt aber sind es nur noch auf den etwa fünfzehnten Teil entwertete Papiermark.

Im Gegenlage dazu der Grobindustrieelles Einkomes. Sein Vermögen wurde vor dem Kriege auf rund eine Milliarde geschätzt, heute aber besitzt dieser gewiegte Unternehmer und Kriesspielmann 30 Milliarden an gutem Geld und Werten. Welch ein Unterschied!

Anwärtlich fragt man sich, wie konnte so etwas möglich sein, wie konnte unser Vermögen so weit hinten im Wert? Ein Blick in die Verbandsabrechnung genügt. Das ganze Kapital war und ist noch zum allergrößten Teil in Staats- und Wertpapieren angelegt, die durch die Geldentwertung ungeheuer herabgedrückt wurden. Die Unternehmer aber haben sich die Industrieaktien, also heimatliche Bodenschätze und Arbeiterschweiß, gekauft und damit spekuliert und ihr Vermögen verdreifacht!

Diese Rechnung stimmt nicht ganz, höre ich im Geiste manchen sagen: „Einkomes und Konforten haben ihr Geld zum großen Teil durch Heereslieferungen verdient“, an demen wir uns als freie Gewerkschaftler doch nicht beteiligen konnten!“ Zum Teil gebe ich das zu, aber bei weitem nicht ganz. Er und seine Komplicen haben auch an friedlichem Arbeiterschweiß manche Milliarde verdient, und verdienen sie heute noch durch unsre schlechte Valuta, indem sie die um verhältnismäßig niedrigen Lohn produzierten deutsche Arbeit an das Ausland zum sehr hohen höheren Preis verkaufen. Heute steht die Sache so: Eine Maschine oder ein Motor, die dem Unternehmer 7000 Mk. Herstellungskosten verursachen, verkauft er an das Ausland um 40000 Mk.; er profitiert also, wenn wir die 3000 u. w. abrechnen, mindestens 20000 Mk. an einer einzigen Maschine!

Ster liegt der Hund begraben. Die Gewerkschaften müssen frachten, diese Gewinne aus dem Arbeiterfleisch den habgierigen Unternehmern zu entreihen. Kurz und gut, sie müssen, was es nur irgend möglich ist, einige Millionen an die Generalkommission der Gewerkschaften ausliehen, die durch einige tüchtige und gewissen Geschäftsmenschen damit spekulieren lassen; ganz gleich, ob dieselben als sogenannte Strohmänner Industrieaktien aufkaufen, oder, was gegenwärtig sich am besten lohnt, überflüssige, durch eigne Gewerkschaftskollegen geschaffene Arbeitswerte an das Ausland verkaufen. Die riesigen Profite, die die Privatunternehmer leicht einziehen, lieben auf diese Weise der Generalkommission zu, die sie dann an die einzelnen Verbände verteilt. Was die Festlegung des Geldes betrifft, wenn die eine oder andre Organisation zu einem Streik greifen muß, ist es am besten, wenn dann vielleicht eine andre an ihre Stelle tritt, oder wenn einfach die andern auf ihr Fußhaben bis zur Höhe des eingezahlten Kapitals Darlehen gewähren.

Sollte es den gewerkschaftlich angestellten Beurlaubten aber nicht gelingen, ohne besondere Unterstützung solche Arbeitswerte aufkaufen zu können, die beim Verkauf an das Ausland guten Gewinn versprechen, dann müßte die organisierte Arbeiterschaft in den Betrieben, die solche erzeugen, sie durch ihre Betriebsräte fordern, und zwar zu annehmbaren Preisen. Vielleicht wird es durch Verhandlungen seitens der Generalkommission mit der Regierung sogar gelingen, diese in Anbetracht der schlechten Finanzverhältnisse der Gewerkschaften zu bewegen, auf einen Teil des von ihr beanspruchten Valutagewinnes in diesem Falle zu verzichten und die Auszubildende zu ermäßigen, so daß diese ihren Mitglidern, die krank, arbeitslos, invalid oder sonstige arbeitsunfähig sind, bessere Unterfühlungsätze bieten könnten; wobei ja letzten Endes wieder der Staat entlastet würde.

In Anbetracht der Tatsache, daß die von uns allen erwünschte Sozialisierung der gesamten Produktion noch lange auf sich warten lassen wird und die Gewerkschaften, was ihre Kampfstrategie betrifft, bis dahin wegen ihrer schlechten Finanzen vollständig dem guten Willen der Unternehmer abhängig sein werden (na, na! Red.), ist es dringend notwendig, alle Wege zu beschreiten, um aus der Geldmisere herauszukommen und wieder kampffähig zu werden.

Wollen wir als organisierte Arbeiterschaft das riesenstarke Kapital bekämpfen, und zwar mit Erfolg, dann müssen wir unbedingt erst danach trachten, uns selbst ein starkes finanzielles Rückgrat zu verschaffen, getreu dem Grundsatz: Wer am meisten Pulver hat, kann am längsten schlechten Säften widerstehen. B. B. bei dem Tarifabschluss im November 1920 der Geldentwertung entsprechend unsere Druckerunternehmer um 40 oder gar 50 Millionen entgegengereiten können, dann wäre die Schlaue unter gewesen, und wir brauchen uns heute nicht mit ungelerten Arbeitern in Lohnen vergleichen.

Nach ist es Zeit, uns wieder aufzuraffen. Die Valuta wird noch jahrelang niedrig bleiben, wenn sie sich auch vielleicht nach der Abstimmung Oberschleissens zugunsten Deutschlands etwas erholen wird. Diese Zeit gilt es richtig zu nützen. Mit fruchtbringendem Wagenmühen müssen wir dem Privatkapital die Goldquelle des Valutagewinnes entziehen. Wir müssen frachten, für uns selbst noch zu erwerben, was möglich ist. Die Arbeit ist unser, unser ist auch der Gewinn!

Wärzburg.

Z.

## 15-km-Zone und Kampffonds

Der zur Diskussion gestellte Beschluß des Ortsvereins Solingen (siehe Nr. 15), einen „Kampffonds“ im Gegenlage zum „Abwehrfonds“ in andern Lager zu schaffen, dürfte bei der Kollegenchaft im Kreise II wohl mit gemischten Gefühlen aufgenommen worden sein. Doch lohnt es auf alle Fälle, angesichts der in letzter Zeit zutage getretenen Bestrebungen der Prinzipalität im Kreise II auf die Berechtigung des zu sammelnden Kampffonds — der selber ebenfalls Abwehrfonds gekauft werden könnte — näher einzugehen.

Die in den Industriezentren Rheinlands-Mittelrheins tätigen Kollegen haben alle Ursache, an Abwehr zu denken, da die tariflich festgelegte 15-km-Zone, wie Kollege Schliebs in seinem Artikel ankündigte, durch den Tarifabschluss wieder über den Haufen geworfen werden soll, eventuell schon ist. (Die 15-km-Zone ist prinzipiell aufrechterhalten worden. Red.) Die für die Prinzipale des Kreises II zu bratende Extrawurst, auch in bezug auf die 15-km-Grenze, ist ja ein alter Bekannter. Schon immer, in allen Tarifperioden, blieb es: „Im Industriebezirk ist die Innehaltung der 15-km-Zone eine Unmöglichkeit!“ — und so lange besteht auch der Kampf um die restlose Einhaltung und Anerkennung einer der wichtigsten tariflichen Bestimmungen. Dieser Kampf wird unentwegt weiterdauern, bis gleiches Recht für alle besteht.

Als Ende 1919 nach gemeinsamer Beratung die Vorstehenden der in Betracht kommenden Schiedsgerichte einmütig das rheinisch-westfälische Kohlenindustriegebiet als ein einheitliches Wirtschaftsgebiet anerkannt, damit zum Ausdruck bringend, daß in diesem Gebiete die gleichen Lebensverhältnisse unbestritten bestehen und dieser Beschluß die lebendige Hoffnung erweckte, daß nuncmehr bei Neuordnung der Sozialzusätze dieses einheitliche Wirtschaftsgebiet auch einen einheitlichen Zuschlag erhalten, daß alle Grenzstreitigkeiten und bisher bestehenden Ungerechtigkeiten beseitigt sein würden — da kam „es erstens anders und zweitens, wie man denkt“. Der mit Hilfe des Kreisamts in Szene gesetzte Sturmlauf gegen den angeführten Beschluß und die daraus folgenden Beiträge wurden glatt unter den Tisch geworfen, und nur dem hartnäckigen Drängen von Gedulden war es zu danken, daß wenigstens einigermaßen ein Ausgleich der bestehenden Ungerechtigkeiten — allerdings bei einer Verteilung des anfänglich einheitlich gedachten engeren Wirtschaftsgebietes — erfolgt wurde. Dieses Ausdehnen der Beiträge — es ist nicht immer bei den Beschlüssen festzustellen! — einmal näher beleuchtet, dürfte bei den Beschlüssen allgemein Protest und Abwehrgedanken, selbst bei nur keine papierne 2-f-

lungen hervorzulassen, die in dem Beschluß des Solinger Ortsvereins greifbare Gestalt bekommen haben und andernorts schon lange lauwärger gingen.

Soll dieser Kampffonds aber Sinn behalten, muß er allgemein zur Einführung kommen; das würde nach dem Besseren von Solingen eine Beitragserhöhung von 2,50 Mk. gleichkommen. Der Verbandsvorstand aber wird diese Erhöhung des Beitrags ohne weiteres nicht ausprechen, sie vielleicht durch eine Urabstimmung erledigen (oder auch nicht). Hierbei würden wohl die Gegenläufe von Grob- und Kleinstadt, Industrie- und ländliche Gebiete hart aufeinanderprallen. Abgesehen davon, dürfte das Ergebnis einer Urabstimmung ein recht fragliches sein. Ist die Gesamtkollegenchaft auch so operntüchtig wie die Kollegen in Solingen? Ich möchte das bezweifeln und auf Grund meiner Erfahrungen behaupten, daß, solange es Kollegen gibt, die noch nicht begriffen haben, was sie Beiträge entrichten; solange es noch Kollegen gibt, die im Brustton der Überzeugung erklären, wir haben bei dem Lohn keinen Pfennig übrig für Erhöhung des Beitrags oder für eine einmalige Extrabeitrag; solange es Kollegen gibt, deren erste Frage bei einem Vorgehen ist, wieviel Streikunterstützung gibt es, oder welche, die nach eigenmächtigem Streik Unterstützung aus der Verbandskasse verlangen, andernfalls den Austritt ankündigen; solange es ganze Ortsvereine gibt, die die Entziehung eines Ertragsbeitrags verweigern — so lange dürfte die Errichtung eines Kampffonds auf einseitiger Grundlage ein frommer Wunsch und der Solinger Beschluß nur als Kennzeichen der Mäßigung im G. Menzger ein gutes Beispiel bleiben.

Sochum.

G. Friedemann.

## Nochmals die Verbandssteuern

In Nr. 148 des „Korr.“ 1920 bringt A. Sl. (Darmstadt) unter dem Titel „Die Verbandssteuern“ seine Weisheit zum Ausdruck, wie den Invaliden geholfen werden könnte, und zwar, wie er meint, durch Erhöhung der Verbandssteuern. Wirklich, in genteler Debatte!

A. Sl. meint an Anlange seiner Ausführungen, daß die Erhöhung der Beiträge mit den erhaltenen Steuerzulagen nicht Schritt gehalten hätte und somit somit der Ansicht zu sein, daß die in Arbeit stehenden Kollegen weiter nichts als Verbandsbeiträge zu entrichten hätten. — Je ab 1. November fällige 20-Mark-Zulage konnte man nicht gleich erhalten, weil der Gehalt angeblich noch keine Wellig erhalten hätte, aber prompt hatte sich schon die Krankenkasse eingestellt, die ab 1. November 1,20 Mk. mehr Beitrag erhob, obwohl kurz vorher schon eine kleine Erhöhung festgelegt hatte. Und dabei sind die Leistungen der Krankenkasse so, daß jeder erkrankten ist, so lange zu arbeiten, bis er am Krankenbett umfällt.

Dann richtet A. Sl. seinen Appell besonders an die Idealisten, die ihm ja allein alles in den Hals werfen, während sie selbst von Aufbuhlen satt werden könnten. Ich bin über 30 Jahre Verbandsmitglied und habe nie etwas davon gehört, daß sich jemand darüber Kopfgerechtheit gemacht, als mit mir viele Kollegen sich selberrgeit mit grüner Legit auf der Walze belanden, d. B. mit 70 Mk., bei welcher Legit mit 95 Mk. auskommen mußten. Auch habe ich nichts darüber vernommen, daß sich jemand darüber Kopfgerechtheit machte, ob man um die höchsten Ortsunterstützung von 13,65 Mk. auskommen konnte, denn ständige Unterstützung gab es vor der sogenannten Revolution nicht.

Es ist klar, daß man von Invaliden oder sonstigen Unterstützung bei den heutigen Valutaverhältnissen nicht auskommen kann. Aber, so möchte ich fragen, verdient denn ein in Arbeit stehender Kollege das Ertragsminimum? Und was hat er alles von dem unter dem Ertragsminimum stehenden Einkommen zu zahlen! Ede man aus der Druckerlei kommt, ist man schon um fast 40 Mk. erleichtert. Mittlerer wird es sogar mehr. Ich liebe noch einigermaßen günstig, und trotzdem kann ich von mir sagen, es möchte kein Hund so länger leben. Ich bedaure nur die leichten Kollegen, die für die pflichtigen Kinder zu sorgen haben.

Die Ausführungen von A. Sl. in Nr. 148 unter „Verbandssteuern“ macht, welche ich entschieden zurück. Er wählte andre Mittel und Wege, als sie A. Sl. anbietet, aber trefflich ist es viel leichter, auf seine Kollegen zu blicken. Jeder, dem ich jene Ausführungen zu lesen gab, wies dieselben mit Entschiedenheit zurück. Die Verbandsbeiträge sind er. Leben zu hoch, was sich später einmal bemerkbar machen wird. Auch wäre es sehr zu wünschen, daß in Zukunft Beitragserhöhungen nicht einfach von oben herab dekretiert werden, sondern eine Urabstimmung darüber vorgenommen wird.

Berlin.

F. B.

Bemerkung der Redaktion: Dieser Artikel steht, wie es die Belegblätter ausgeben, in Nr. 148 u. f. erschienenen, selbst schon lange, aber das ändert nichts an der Tatsache, daß hier Ausführungen über die Höhe des Verbandsbeitrags vertrieben werden, die in einer Zeit, wo so viel von der großen Ausstrahlung mit der Internationalschiff gesprochen wird, nicht zu verstehen sind.

# Kalendereinzüge 1921

Die in Aussicht genommene Vergrößerung der Redaktion der „Vorwärts“ wird im nächsten, deren Gangung erst in der Folgezeit abschließend, sich hiermit in kurze Erläuterung.

Die Arbeiterdruckerei Görlitz hat mit ihrem diesjährigen Kalender wieder den Zweck einer „neuen“ „Vorwärts“-Kalender erreicht. Die „Vorwärts“-Kalender sind unter „Vorwärts“-Kalender bekannt, nur die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender. Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender.

Dieser Kalender ist, wie alle die „Vorwärts“-Kalender, ein „Vorwärts“-Kalender. Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender. Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender.

Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender. Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender. Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender.

Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender. Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender. Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender.

Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender. Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender. Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender.

Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender. Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender. Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender.

Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender. Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender. Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender.

Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender. Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender. Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender.

Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender. Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender. Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender.

Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender. Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender. Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender.

Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender. Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender. Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender.

Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender. Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender. Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender.

Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender. Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender. Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender.

Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender. Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender. Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender.

Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender. Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender. Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender.

Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender. Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender. Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender.

Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender. Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender. Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender.

Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender. Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender. Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender.

Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender. Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender. Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender.

Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender. Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender. Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender.

Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender. Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender. Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender.

Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender. Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender. Die „Vorwärts“-Kalender sind die „Vorwärts“-Kalender.

gelang es aber, von dieser Zählung abzusehen. — In der Verlamung zu Brandenburg a. d. S. machte sich außerordentlich große Enttäuschung breit; die Nichtberücksichtigung der Klasse A und der Neuausgewählten erzeugte lebhaften Protest. — In Würzburg löste das geringe Entgelt kommen der Prinzipalität Enttäuschung und der im Schlichtungsprotokoll des Reichsarbeitsministeriums ein; nommen Standpunkt über die Feuerungsverhältnisse unterschiedenen Prolet aus; Preisabbau müßte die allgemein aufzunehmende Parole sein. — In Leipzig fand sich nach längerer Debatte eine Mehrheit für eine Resolution, die das Ergebnis als so unwürdig bezeichnet, daß man sich damit nicht zu beschäftigen brauche, der Verbandsvorstand sei aber aufzufordern, alle Vorbereitungen zu einer großen Aktion zu treffen; da jedoch eine einzelne Arbeitergruppe diese nicht durchzuführen vermöge, müsse ein Zusammengehen des gesamten Proletariats gemäß dem Offenen Briefe der Vereinigten Kommunistischen Partei erfolgen. — In Frankfurt a. M. war die Stimmung äußerst erregt, weil man dort eine der höchsten Forderungen gestellt hatte; für sofortige Arbeitsniederlegung bestand große Neigung. Es drang jedoch die Ansicht durch, in den Druckereien eine geheime Abstimmung vorzunehmen. Hierbei ergaben sich 753 Stimmen für öftliches Vorgehen, 401 dagegen und rund 400 Kollegen enthielten sich der Abstimmung.

Zum Anfall in Kassel. Zu der Notiz hierüber in voriger Nummer ist nachzutragen, daß zweiwellige Ursachen zu diesem Streik geführt haben. Die vollzählige belüchelte Veranlassung verurteilte einmütig das Verhalten der Prinzipalität und hielt deshalb die Forderung von 35 Mk. aufrecht. Mit Ausnahme der Druckerei des „Volksblatts“ (S.P.) und von zwei anderen Firmen wurde sie jedoch abgelehnt. Darauf erfolgte die Arbeitseinstellung. Die andere Ursache ist, wie schon in voriger Nummer gesagt, in einem Lokalstreik zu suchen. Kassel ist in die Straße B verkehrt, die hierfür in Betracht kommenden 17. Proj. werden jedoch den Gehilfen in Kassel vorenthalten. Die Schuld daran scheint aber nicht allein den Prinzipalitäten in Kassel zuzuschreiben sein, sondern auch an dem Prinzipalitätsvertreter zu liegen. Einzelheiten kennen wir nicht. Am 17. Februar sollten Einigungsverhandlungen stattfinden.

Warnung vor Streikarbeit aus Warnsdorf. Die Firma Eduard Strahe in Warnsdorf (Böhmen) hat schuldhalterweise Differenzen mit ihrem Personal. Sie sucht nun ihre Tageszeitung „Abwehr“ und dringende Druckaufträge in Sachsen herstellen zu lassen. Es muß von den Kollegen, denen solche Zumutung gestellt werden sollte, erwartet werden, daß sie die Verrichtung von Streikarbeit abweisen.

Arbeitsgeberverband für das Druckgewerbe und Vereinigung Deutscher Provinzdruckereier. Die als Zeitsung zum „Deutschen Papiermarkt“ in Mannheim erscheinende „Deutsche Buchdruckzeitung“ hat zuerst durch eine kurze Notiz und nunmehr durch die etwas gehäufte Wiedergabe des „Zeitschriften“-Vertrichts Kenntnis gegeben über die Organisierung der Provinzopposition in Weimar. Jedoch hat sie kein Wort für oder gegen den Versuch fallen lassen, zum mindesten vielen Male zu einer Sonderprinzipalitätsorganisation zu schreiben. Dr. Reismann-Grone in Gien und Herr Kay in Mannheim bekunden so zum mindesten, daß die Weimarer Preiskämpfer ihnen nicht imponieren.

Nachahmenswerte Beispiele. Die Mechanische Papierwarenfabrik M. Neemann in Leer (Ostf.) gewährte, obwohl sie erst zu Weihnachten ihrem gesamten Personal eine Zuwendung in Höhe eines halben Wochenlohns machte, am 11. Februar schon wieder eine einmalige Beihilfe in Höhe von einem ganzen Wochenlohn.

Zu dem Strassfalle von Kottenhandel mit Papier in Leipzig. Die in Nr. 18 darüber gebrachte Notiz ist dahin zu ergänzen, daß der darin genannte Druckereibesitzer Hermann Walter Hillich Inhaber der Firma Gebrüder Dietrich ist. So klärt sich auch auf, daß im Druckereibetrieb der erlitten Name nicht zu finden ist.

Verleumdungs- und Inventar gestohlen. Dem Maschinenmeisterverein Weimar ist der Vereinsschrank mit dem gesamten Inventar gestohlen worden. Vereine, die einschlägige Literatur und Druckachen abgeben können, werden um Überlegung an den Vorstehenden H. Weimig, Bültsfelder Straße 39 II, gebeten.

Reisepflicht. In Plauen i. V. haben sie die Kollegen Will Kelschering und Ernst Neubert bestanden.

Buchdrucker in öffentlichen Diensten. In Neudamm wurden die Kollegen Ernst Kalsbund, W. Schröder als Schriftf. (z. M. Kalsbund) aus. In Ludwigsburg Friedrich Baumler, in Konstantz Ferdinand Adam, in Pösch (D.-E.) Fritz Wüßrig (für das Wuchergericht), sowie in Nürnberg die Kollegen Andreas Manz, Heinrich Voos und Tobias Maffelhäuser, in Düren Kollege Wäfen (Wäfen).

Eingaben gegen die geplante Erhöhung der Postgebühren. Der Deutsche Buchdruckerverein hat beim Reichspostminister sowie bei den noch in Betracht kommenden Ministern Einspruch erhoben, daß Druckachen, Postkarten und Briefe die geplante weitere starke Preissteigerung erleiden sollen. Es würde dadurch nur noch größere Entlastung in den Verkehr und Versand von Druckachen, Postkarten etc. eintreten und damit das Buchdruckergewerbe sowie die Anstaltsdruckerei weitere empfindliche Einbußen erleiden. Der Bund deutscher Vereine

des Druckgewerbes, Verleges und der Papierverarbeitung (Berlin) hat den Reichswirtschaftsrat in erster Reihe vor diesen Erhöhungen gewarnt, die sich ja auch auf den Fernsprech- und den Telegraphenverkehr erstrecken sollen. Er macht darauf aufmerksam, daß nach vorsichtiger Kalkulation ein Gehaltsabfall unter Berücksichtigung der Papier-, Druck-, Porto-, Personalhöhen und der sonstigen Geschäftskosten eine Ausgabe von 2,50 bis 3 Mk. erfordert. Bei Erhöhung des Briefpostens auf 60 Pf. würde sie noch größer werden und nicht mehr zu tragen sein. Eine Anstaltskarte käme auf 80—85 Pf. zu stehen. Das bedeute Vernichtung der Anstaltskartenbranche. Die kaufmännische Reklametätigkeit werde in weitem Maße eingestellt werden. Es wird daher gebeten, eher eine Ermäßigung der einzelnen Sätze eintreten zu lassen, denn würde der Verkehr wieder belebt werden. Durch die letztmalige Erhöhung sei er doch stark zurückgegangen und das Defizit der Postverwaltung nur noch größer geworden. Auch vom Arbeiterstandpunkt aus muß verlangt werden, daß die neue Posterhöhung unterbleibt.

Hauptversammlungsorte der Zeitschriften und Fachpresse. Die 6400 Blätter dieser Art werden zum Teil in Berlin, Leipzig, München und Frankfurt a. M. verlegt. Unter den kleineren Verlagsorten weist Pösch i. S. die meisten Zeitschriftenverlegungen auf.

Offene Stellen für beschäftigte Gewerkschafter. Nach Selbst (Oberfranken) wird vom Ortsausschuß ein erfahrener Arbeitersekretär gesucht. Rednerische und organisatorische Beberkung der Arbeiter- und der Sozialversicherung wird verlangt. Fünfjährige Organisationsangehörigkeit erforderlich. Meldungen bis 20. Februar an Erhard Neick, Gartenstraße 33. — Zwei Gehaltsführer für Verwaltung und Agitation in Neuchâtel. Erfahrung auf dem Gebiete des Schlichtungs- und Verhandlungswesens erforderlich, auch fünfjährige Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft und Partei. Bewerbungen mit Verweis, Alters- und Familienangabe sowie mit Mitteilungen über bisherige Tätigkeit an Karl Mülke, Neuchâtel, Sieglstraße 18/19. Anstellung erfolgt am 1. März oder schon früher.

Ein Urteil über „moderne“ Gewerkschaftsstrategie. In Leipzig brach am 6. Dezember ein Streik der Metallarbeiter aus. Man wußte, daß ihre Löhne schlecht und seit dem März nicht aufgebessert waren. Deshalb erschien es verwunderlich, daß allsobald vom Gewerkschaftsrat und von den Gewerkschaften zur Unterstützung aufgefordert wurde. Freilich war auch zu vernehmen, daß der Streik gar nicht durch Urabstimmung, sondern in einer Funktionärverlamung beschlossen worden war. Sinterher stellte sich auch heraus, daß die „Metallarbeiterzeitung“ von dem gewiß doch nicht bedeutungslosen Streik in Leipzig keine Notiz nahm. Es mußte also verschiedenes nicht stimmen. Der Demobilmachungskommissar veranlaßte dann am 15. Dezember den Schlichtungsausschuß, einen Schlichtungsprotokoll zu fällen, der zugunsten der Metallarbeiter ausfiel und am 24. Dezember für verbindlich erklärt wurde. Die Unternehmer waren darüber ärgerlich und verurteilten. Maßnahmen vorzunehmen, als sie am 3. Januar die Betriebe wieder öffneten. Deshalb verbarren nun 31 Betriebe im Streik, worauf die Fabrikannten die Auslieferung in erst 50 und dann 100 Proz. ankündigten. Die kommunistische Führung der Leipziger Metallarbeiter verurteilte dies mit einigen Moskauer Rezepten zu parieren: Besetzung der Betriebe, Verbleiben der Arbeiter darin usw. Allein die Mehrheit der Leipziger Metallarbeiter wollte davon doch nichts wissen und brach, um nicht auf der Strecke zu bleiben, den Kampf ab. Es liegen aber jetzt noch einige Hundert auf der Straße. Die „Leipziger Volkszeitung“ nun, die schon länger auf dem gewerkschaftlichen Vernunftstandpunkt angelangt ist, schrieb dieser Tage ein Nachwort zu diesen Vorgängen und schloß mit folgenden allgemeinen (auch für unsre Kollegen) zu beherzigenden Ausführungen: „Bei dem Kampfe hat sich aufs neue gezeigt, daß die Arbeiter schlecht beraten sind, die sich der Führung und der Methoden der Anhänger Moskaus bedienen. In den Verlamungen, die die Bewegung abschließen sollten, behaupteten die Anhänger Moskaus, die heutigen Gewerkschaften und ihre Führer seien für den Abbruch verantwortlich. Das war um so demagogischer, als ja gerade die Kommunisten und ihre Führer in den Gewerkschaften alles getan hatten, um die Zerspaltung der Arbeiterkraft auch auf die Gewerkschaftsbewegung zu übertragen, also das Unternehmertum zu stärken. Während der Bewegung waren es auch die Kommunisten, die zu Verhandlungen drängten, also genau das Gegenteil verlangten, was die Gewerkschaftsführer vorschlugen. Wenn es ernst wird, können eben auch die Kommunisten nur mit Wasser hochen. Deshalb ist es notwendig, die Kommunisten nach ihren Taten und nicht nach ihren Worten zu beurteilen. Zur erfolgreichen Führung eines Kampfes bedarf es nicht nur einer Summe von Idealismus und Kampfbegierde, sondern auch einer großen Dosis Erfahrung, Voraussicht und kühler Abwägung der sich entgegenstellenden Momente. Wer freilich auf dem Standpunkte steht, jede Gelegenheit zu benutzen zur Vortreibung der Revolution, wie er sie versteht, der eignet sich schlecht als Führer im gewerkschaftlichen Kampfe. Solche Führer werden leicht zu Schädlingen an der Arbeiterfront, weil durch ihre Taktik die Niederlage der Arbeiterkraft und ihre Schwächung unausweichlich ist, wohingegen das Unternehmertum dadurch gestärkt wird.“

Gewerkschaftsstatistik. Im Monat Januar wurden 492 Gewerkschaften im Deutschen Reich gegründet, 124 lösten sich auf. Unter den 23 Kategorien in der Registerführung befinden sich 34 gegründete und 10 aufgelöste Kleinvereine.

## Landschau

Stellungnahmen zur Leipziger Tarifausgleichung. In Hamburg wurde das Ergebnis stark kritisiert, mancherlei Wege vorgeschlagen, die eher zum Ziele führen könnten, und dann in einer Resolution zum Ausdruck gebracht, daß die Gehilfenvertreter wieder einmal der überlegenen Taktik der Prinzipale unterlegen seien; der Verbandsvorstand habe die Pflicht, den Kampfwillen der Kollegen zu stärken. — Magdeburg hatte stürmische Verlamung; nur unter dem Zwange der Verhältnisse erklärte man, sich mit dem Beschlossenen abzugeben. — In Halle a. d. S. kam von ganz links der Antrag, eine wöchentliche Erhöhung über die von den Gehilfenvertretern verlangten 35 Mk. hinaus zu fordern, außerdem eine einmalige, nicht unbeträchtliche Beihilfe, bei Nichtbewilligung aber in einen öftlichen Streik zu treten. Mit gar nicht großer Mehrheit